

des heftigen Widerstandes der Linksparteien ab. Seine letzten Lebensjahre verbrachte L. zurückgezogen vornehmlich auf seinen steir. Gütern Holleneegg und Frauenthal.

L.: *R. P., N. Fr. Pr., Fremdenbl. und Dt. Ztg. vom 9. 10. 1907; S. Hahn, Reichsraths-Almanach für die Session . . . (1879/80, 1885/86, 1891/92), 1879, 1885, 1891; Biograph. Jb., 1909; Wer ist's? 1908; Otto 28; H. Bohatta, Liechtenstein. Bibliographie, in: Jb. des Hist. Ver. für das Fürstentum L., Bd. 10, 1910, S. 53. (Stekl)*

Liechtenstein Aloys II. (regierender) Fürst von und zu. * Wien, 26. 5. 1796; † Eisgrub (Lednice, Mähren), 12. 11. 1858. Bruder der beiden Gen. Franz Prinz v. u. z. L. (s. d.) und Friedrich Prinz v. u. z. L. (s. d.), Vater der beiden Fürsten Johann II. (s. d.) und Franz I. v. u. z. L. (s. d.), Onkel der beiden Politiker Alfred Prinz v. u. z. L. (s. d.) und Aloys Prinz v. u. z. L. (s. d.); genoß durch ausgezeichnete Hauslehrer (Abbé Werner, F. v. Schlegel, Trautmann) eine sorgfältige Ausbildung für seine Tätigkeit als künftiger Majorats Herr der ältesten liechtenstein. Linie, unternahm 1818 Bildungsreisen nach Italien und in die Schweiz, 1820 nach England (1835 in diplomat. Mission) und Schottland. Im gleichen Jahr trat er die Regierung des Fürstenhauses L. an und erwarb sich mit durchgreifenden landwirtschaftlichen und verwaltungstechn. Reformen große Verdienste. Seine Kenntnisse auf diesen Gebieten kamen während der Tätigkeit L.s als Präs. der Wr. Landwirtschaftsges. (1849–58) weiten Kreisen zugute. Er entwickelte eine lebhaftere Bautätigkeit, wovon vor allem die Umgestaltung des Majoratspalais (Wien I., Bankgasse 9) im Stil des „Zweiten Rokoko“ und der Umbau des Schlosses Eisgrub (1846–58) nach dem Geschmack der engl. Neugotik zu erwähnen sind.

L.: *Schriften der hist. statist. Sektion der k. k. mähr.-schles. Ges. zur Beförderung des Ackerbaues, der Natur- und Landeskd., Bd. 20, 1872, S. 253, 261; A. Lowy, A. Fürst von und zu L., 1859; Wurzbach; H. Bohatta, Liechtenstein. Bibliographie, in: Jb. des Hist. Ver. für das Fürstentum L., Bd. 10, 1910, S. 56 f. (Stekl)*

Liechtenstein Aloys Prinz von und zu, Politiker. * Wien, 18. 11. 1846; † Wien, 25. 3. 1920. Sohn des Folgenden, Bruder des Politikers Alfred Prinz v. u. z. L. (s. d.), Neffe des Vorigen und des Gen. Friedrich Prinz v. u. z. L. (s. d.), Vetter der beiden Fürsten Johann II. (s. d.) und Franz I. v. u. z. L. (s. d.); nach Stud. am Schottengymn. sowie an der jurid. Fak. der Univ. Wien schlug L. 1868 die militär. Laufbahn

ein, wechselte jedoch bereits ein Jahr später in den diplomat. Dienst über, wo er 1870 der österr. Gesandtschaft in München zugeweiht wurde. Seine Versetzung nach London (1871) konfrontierte ihn erstmals deutlich mit den brennenden sozialen Problemen seiner Zeit und ließ ihn Kontakte zu christlichen Sozialreformern aufnehmen. Durch seine Transferierung nach Berlin (1872) gewann L., der enge Beziehungen zu den polit. Führern der dt. Katholiken unterhielt, Einblick in die polit.-konfessionellen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche. 1873 beendete er als Legationssekretär seine diplomat. Karriere. L. entwickelte dann in seiner Heimat eine rege polit. Tätigkeit und wandte sich vornehmlich gegen die sozialpolit. und konfessionellen Gesetzesvorlagen der Liberalen. Immer mehr trat er — ab 1875 mit Karl Frh. v. Vogelsang, Konvertiten und Wahlösterr., befreundet — als Programmatiker der kath. Volksbewegung in den Vordergrund. 1878 wurde L. ins Abgeordnetenhaus gewählt. Rasch stieg er in die Führungsgruppe der Rechtsparteien auf und trat 1880 auf dem dt.-konservativen Parteitag in Linz für den Zusammenschluß der Rechten des Reichsrates ein („Eiserner Ring“), 1881 gründete er gem. mit seinem Bruder Alfred den „Liechtensteinklub“, eine Vereinigung der christlichen und sozialreformer. orientierten Mitte. L. lehnte eine von den Sozialisten schon ab 1879 angestrebte polit. Verbindung entschieden ab, ohne jedoch die Diskussion mit den radikal-sozialist. Arbeitervertretern aufzugeben. Die deshalb gegen ihn gerichtete liberale Kampagne erreichte 1883 ihren Höhepunkt („Roter Prinz“). Die damals entstandenen Gesetze zur Hebung des Arbeiterstandes gehören mit zu seiner Lebensleistung. L.s Antrag von 1888 zur Einführung der konfessionellen statt der Simultanschule versetzte ihn in ein Kreuzfeuer der Meinungen. In dieser Krise machte L. eine folgenreiche Wendung, indem er sein alpenländ. Reichsratsmandat niederlegte und Verbindung mit Lueger und den antisemit. „Vereinigten Christen“ aufnahm, die alsbald als „Christlichsoziale“ auch gegen die Konservativen auftraten. Als Kandidat für den Wr. Vorortwahlkreis Hernalds-Ottakring gelangte L. 1891 mit den ersten Abg. der neuen Partei abermals ins Parlament. Dazu kam 1896 das Mandat im niederösterr. Landtag, ab 1906 hatte er die Würde des Landmarschalls inne. Gem. mit Lueger, Gessmann (s. d.)